

Sven Jochem

Schweden

0 Einführung

In Schweden wirkte sich die europäische Zäsur von 1989 in vielfältiger Weise auf die Verfassungswirklichkeit aus. Seitdem näherte sich das Königreich der Europäischen Union rasch an (Mitgliedschaft seit 1995), öffnete zusehends seine Märkte für einen globalisierten Wettbewerb und musste zu Beginn der 1990er Jahre eine schwere Finanz- und Bankenkrise meistern, die umfangreiche Reformmaßnahmen nach sich zog. Mit den 1990er Jahren begann das schwedische Modell, das in den 1980er Jahren noch als Sinnbild eines „dritten Weges“ zwischen Keynesianismus und monetaristischer Austerität sowie eines Modells einer konsensualen Demokratie unter Vorherrschaft der Arbeiterbewegung interpretiert wurde¹, Schritt für Schritt seine Sonderstellung in Europa einzubüßen. Gegenwärtig existieren in der Verfassungswirklichkeit Schwedens zwar noch Besonderheiten, die das Land von anderen europäischen Ländern unterscheiden, aber in der Gesamtbetrachtung näherte sich die schwedische Verfassungswirklichkeit seit der europäischen Zäsur von 1989 immer stärker der Verfassungswirklichkeit anderer europäischer Territorialstaaten an. Mit der Wahl von 2014 konstatiert der schwedische Politologe Bo Rothstein endgültig „the End of Swedish Exceptionalism“². In diesem Beitrag wird gezeigt, dass die Ursachen und Gründe für diesen Wandlungsprozess in politischen Weichenstellungen nach der Zäsur von 1989 auszumachen sind.

Seit den frühen 1990er Jahren revidierten die politischen Akteure wiederholt verschiedene Verfassungstexte, eine umfassende Verfassungsrevision trat zum 1. Januar 2011 in Kraft. Diese Verfassungsrevision eröffnet Möglichkeiten einer verstärkten direkten Demokratie vor allem auf lokaler Ebene und modifiziert Regeln des negativen Parlamentarismus, einer institutionellen Stütze der in Schweden vorherrschenden Minderheitsregierungen. Durch sie wurden zudem Aspekte der Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung gestärkt. Damit ermöglichte die Verfassungsreform also quasi einen „Madisonian Turn“³, bei dem die Machtverschränkung zwischen der schwedischen Regierung und den subnationalen Entscheidungszentren einerseits sowie der supranationalen EU andererseits neu kodifiziert wurde.

Die Einbettung der schwedischen Monarchie in das europäische Regelsystem erfolgte umfassend und rasch. Mit dem Referendums-Veto im September 2003 weigerte sich die

¹ Vgl. Kjell-Olof Feldt, *Alla dessa dagar: I Regeringen 1982-1990*, Stockholm 1991; Jonas Pontusson, *At the End of the Third Road: Swedish Social Democracy in Crisis*, in: *Politics & Society* 20 (1992), S. 305-332.

² Bo Rothstein, *Why the Elections Mark a New Era for Politics*, in: *Foreign Affairs*, September 18, 2014.

³ Torbjörn Bergmann/Kaare Strøm, *The Madisonian Turn. Political Parties and Parliamentary Democracy in Nordic Europe*, Michigan 2011.

schwedische Bevölkerung gleichwohl an der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilzunehmen. Die integrationsskeptische Meinung in der Bevölkerung spiegelt sich in den Parteien und unter den Parlamentariern wider, die in der Frage einer zunehmenden europäischen Integration Schwedens gespalten sind. Somit ist Schweden zwar einerseits umfänglich in die europäischen Institutionen eingebettet, allerdings verfügt das Land weiterhin über eine bedeutsame monetäre Autonomie – was der schwedischen Wirtschaft während der Finanzkrise nach 2007 durchaus zum Vorteil gereichte.

Mitten in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts erscheint die schwedische Verfassungswirklichkeit vielen Beobachtern aus einer Vielzahl von Gründen als vorbildlich. Jenseits von ökonomischen und budgetären Kennzahlen sind die expliziten Verfahrensregeln demokratischer Politik eindeutig geregelt, und sie ruhen auf einem überwältigenden Rückhalt in der Bevölkerung. Die informellen Verfassungsregeln wandeln sich hingegen deutlich.⁴ Seit 1989 und mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs in Europa wandelte sich Schweden gleichwohl von einem sozialdemokratischen Modell einer konsensualen Demokratie hin zu einer weitgehend „normalen“ Demokratie innerhalb der Europäischen Union, in der ein demokratischer Parteienwettbewerb zwischen zwei politischen Lagern dominiert und die Hegemonie der Sozialdemokratie bzw. der Arbeiterbewegung erodiert ist.

Eine der großen Herausforderungen in der nahen Zukunft wird sein, inwieweit sich die Besonderheiten des schwedischen Modells weiter abschleifen werden und welche Auswirkungen diese politischen Veränderungen auf die vorbildlichen Kennzahlen der Ökonomie, der Wohlfahrt und der Lebenszufriedenheit auswirken werden. Entscheidend in dieser Frage ist, wie sich die Machtverhältnisse in Schweden entwickeln werden, wie die etablierten Parteien auf die Herausforderung der schwedischen Rechtspopulisten reagieren und wie die Europäisierung nationalstaatlicher Politik in Schweden voranschreitet.

1 Überblick: Schweden

Die schwedische Monarchie ist neben der dänischen eine der ehemaligen Hegemonialmächte Nordeuropas und der bevölkerungsreichste Staat in Nordeuropa, obschon es – im landesweiten Durchschnitt betrachtet – sehr dünn besiedelt ist. Im Gegensatz zu Dänemark weiß Schweden allerdings keine koloniale Vergangenheit auf. Staatsoberhaupt ist der König, allerdings besitzt er im hier zugrunde gelegten Untersuchungszeitraum eine rein repräsentative Funktion. Eine besondere Verbindung Schwedens besteht zu Åland, einer Insel in der Ostsee, die staatsrechtlich zu Finnland gehört, allerdings sehr enge kulturelle und sprachliche Verbindungen zu Schweden aufweist. Diese besonderen Beziehungen sind auf die Zeit zurückzuführen, als das heutige Finnland noch ein Teil des schwedischen Königreichs

⁴ Vgl. insgesamt: David Arter, *Scandinavian Politics*, 3. überarbeitete Auflage, Manchester 2016; Christian Förster/Josef Schmid/Nicolas Trick, *Die nordischen Länder. Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*, Wiesbaden 2014, insb. S. 153-207; Bernd Henningsen/Sven Jochem/Siegfried Frech (Hg.), *Das politische Skandinavien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur*, Schwalbach/Ts. 2015; Sven Jochem, *Die politischen Systeme Skandinaviens*, Wiesbaden 2012; Sven Jochem, *Skandinavien*, in: Hans-Joachim Lauth (Hg.), *Politische Systeme im Vergleich. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess*, München 2014, 395-433.

war und die damals herrschende Elite in Finnland einer dünnen schwedisch sprechenden Oberschicht angehörte.

Nach dem Ersten Weltkrieg vollzog sich rasch die parlamentarische Demokratisierung. Aufbauend auf Übereinkünften zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sowie der Bauern- und späteren Zentrumspartei wurden in den 1930er Jahren die Grundlagen für eine weitgehende Demokratisierung mit egalitärem und sozialpolitisch flankiertem Profil gelegt. Die parlamentarischen Übereinkünfte wurden ergänzt durch Kompromisse zwischen den Sozialpartnern; das sogenannte „Saltsjöbads-Abkommen“ vom Dezember 1938 diente als Grundlage der seither weitgehend sozialpartnerschaftlich-konsensualen Entwicklung der Arbeitsbeziehungen.⁵ Sowohl der parlamentarische als auch der außerparlamentarische Konsens beflügelten die Ausbildung eines im Ausland oft bewunderten schwedischen Modells, das für Solidarität, Egalität und pragmatischen Konsens zwischen den politischen Akteuren stand und in der Metapher des Volksheims („folkhemmet“) seine nahezu religiös anmutende Zuspitzung fand.⁶

Schweden durchlief eine schnelle und tiefgreifende Modernisierung. Lange Zeit galt Schweden als eines der Armenhäuser in Europa. Tief ins nationale Selbstbewusstsein haben sich die gravierenden Hungersnöte und massiven Auswanderungswellen am Ende des 19. Jahrhunderts eingebrannt. Die Modernisierung führte zu tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Während in der jüngeren Vergangenheit der rasche Wandel von einer Industrienation mit Schwerpunkten im Montanbereich sowie der Eisenerzförderung hin zu einer digitalisierten Dienstleistungsgesellschaft erfolgte, spiegelte sich die rapide Modernisierung auch in einer rasch abnehmenden Homogenität der Gesellschaft wider. Während noch in den 1970er Jahren Schweden als eines der homogensten Ländern mit einheitlichem konfessionellem Hintergrund aufgefasst werden konnte, ist Schweden heute ein Land mit starker Migration und vielfältigen Glaubensbekenntnissen – die schwedische Gesellschaft ist seit 1989 deutlich bunter geworden.

Der schwedische Staat zeichnet sich durch eine hybride Form zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung aus. Aus formaler Perspektive ist der Zentralisierungsgrad der schwedischen Monarchie beachtlich. Das historisch gewachsene Zweikammersystem wurde in den Verfassungsreformen der späten 1960er Jahren zu einem Einkammersystem mit 4-Prozent-Hürde reformiert. Insofern kann die schwedische Regierung in einem unikameralen System die Gesetzgebung ohne weitere Veto-Punkte in der Kette der Gesetzgebung dominieren – vorausgesetzt, sie verfügt über die Mehrheit im Parlament. Dies war allerdings nicht oft in der schwedischen Nachkriegsgeschichte der Fall; Schweden ist neben Dänemark und Norwegen ein paradigmatischer Fall vorwiegender Minderheitsregierungen.⁷ Gleichzeitig garantiert die Verfassung lokalen bzw. regionalen Gebietskörperschaften weitreichende Autonomie bei der Implementation von Politiken. Die Kommunen sind nicht nur vorwiegende

⁵ Grundlegend: Gøsta Esping-Andersen, *Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power*, Princeton 1985.

⁶ Sven Jochem, *Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Schweden. Der Einfluss lutherischen Glaubens jenseits der Staatskirche*, in: K. Gabriel u.a., *Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa*, Tübingen 2013, S. 339-366.

⁷ Grundlegend: Kaare Strøm, *Minority Government and Majority Rule*, Cambridge 1990; vgl. ebenso Jochem, *Systeme (wie Fn. 4) sowie Förster/Schmid/Trick, Länder (wie Fn. 4)*.

Anbieter sozial- und bildungspolitischer Dienstleistungen, sie setzen auch einen Teil der Einkommenssteuer autonom fest. Auf diese hybride Staatsorganisation ist es zurückzuführen, dass die sozialen Dienstleistungen sowie die Steuerlasten von Region zu Region unterschiedlich sein können.

Eine besondere Stellung nehmen in der schwedischen Demokratie – wie in Finnland und Norwegen – die Samen ein. Innerhalb dieser nordischen Demokratien wurden die Samen seit den Zeiten der hegemonialen Königreiche und der Zeit der Nationalstaatengründungen immer stärker zum Spielball machtpolitischer Streitigkeiten. Die Samen, die ihre Sprache, ihre Kultur und auch ihre Selbstbestimmung als nordisches Urvolk verteidigen, konnten sich in Schweden erst seit 1993 in einem eigenen Parlament organisieren. Vor allem die Auseinandersetzungen um die ungehinderte Rentierzucht einerseits und einer voranschreitenden Ausbeutung der Naturschätze im hohen Norden andererseits führen immer wieder zu politischen Verwerfungen.⁸

2 Verfassungskultur und politische Kultur

Die politische Kultur Schwedens kann auf die vagen Begriffe Gleichheit, Solidarität, Sicherheit sowie Pragmatismus gebracht werden; für viele Beobachter wurzeln diese Wertennormen in der lutherischen Religion, die bis ins Jahr 2000 mit einer lutherischen Staatskirche quasi eine Monopolstellung im Lande inne hatte. Das Besondere dieses kulturellen Fundaments liegt im Zusammenwirken des lutherischen Glaubens mit einer sich seit dem 20. Jahrhundert rasch mobilisierenden Arbeiterbewegung: „It is not particularly difficult to imagine the social democrats as a secularized Lutheran movement“.⁹ Diese besondere Mischung der schwedischen politischen Kultur wurde schließlich 1928 vom damaligen Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Per Albin Hansson, mit der Metapher des „Volksheims“ („folkhemmet“) auf den Begriff gebracht.

Das schwedische Volksheim impliziert ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl sowie eine quasi natürliche Solidarität ohne Privilegien, und gleichzeitig wird diese schwedische politische Kultur vom (immer noch in weiten Teilen) universell ausgeformten schwedischen Wohlfahrtsstaat mit unterstützt.¹⁰ Die Gleichheit aller soll auch gleiche materielle Voraussetzungen mit einschließen, um ein „gutes“ Leben führen zu können. Was ein „gutes“ Leben allerdings konkret ausmacht, ist durchaus offen und soll vor allem pragmatisch sowohl auf individueller als auch auf politischer Ebene entschieden werden. Seit den 1930er Jahren verfestigte sich in Schweden die Tradition pragmatischer Kompromisse zwischen den politischen Akteuren als eine Form der schwedischen Verhandlungsdemokratie.

⁸ Vgl. John B. Henriksen, The continuous process of recognition and implementation of the Sami people's right to self-determination, in: Cambridge Review of International Affairs 21 (2008), S. 27-40; Eva Josefsen/Ulf Mörkenstam/Jo Saglie, Different Institutions within Similar States: The Norwegian and Swedish Sámediggis, in: Ethnopolitics 14 (2015), S. 32-51.

⁹ Øystein Sørensen/Bo Stråth, Introduction: The Cultural Construction of Norden, in: Dies. (Hg.), the Cultural Construction of Norden, Oslo 1997, S. 1-24, hier: S. 13; vgl. Jochem, Religion (wie Fn. 6).

¹⁰ Vgl. Bo Rothstein, Happiness and the Welfare State, in: Social Research 77 (2010), S. 441-468.

Allerdings sitzt die kontinentaleuropäische Sichtweise auf die schwedische Kultur oft Mythen auf. Schweden (und der Norden insgesamt) ist keine friedliebende und solidarische Insel im wogenden Meer ausdifferenzierter und zugespitzter Egoisten. Auch in Schweden werden Konflikte ausgefochten, und der Kompromiss kann mitunter durch machtpolitische Abwägungen blockiert sein oder im Status quo verharren. Ebenso sollte nicht verdrängt werden, dass die schwedische Kultur bis in die 1950er Jahre hinein eugenische Zwangssterilisationen und Abtreibungen aus einer „volksheimischen“ Bevölkerungspolitik heraus akzeptierte, bei der nicht nur das Ziel einer wachsenden schwedischen Gesellschaft verfolgt wurde, sondern durchaus auch die „Volksgesundheit“ verbessert sowie die „schwedische Rasse“ gesichert werden sollte.¹¹

Das zentrale Symbol der schwedischen Nation ist die mittelblaue Staatsflagge mit einem goldgelben Kreuz, das sich in der Formensprache der dänischen Flagge (allerdings mit abweichenden Farben) anlehnt. Die Fahne ist offiziell seit 1906 als staatliches Symbol verbrieft, das auch in der Bevölkerung – nicht nur zu den offiziellen Fest- bzw. Flaggentagen – weite Verwendung findet. Im Staatswappen befinden sich auf blauem Feld drei goldgelbe Kronen; umgangssprachlich wird das Staatswappen daher auch „Tre Kronor“ genannt.

Die Nationalhymne Schwedens baut melodisch auf einem alten Volkslied auf. Die ersten beiden Strophen wurden 1844 von Richard Dybeck verfasst. Diese Nationalhymne ist noch geprägt vom Skandinavismus und bezieht sich daher im Text nicht explizit auf Schweden, sondern allgemein auf den Norden.¹²

Die schwedische Politik fußt allgemein auf einem ebenfalls in der Verfassung verankerten Offenheitsprinzip („offentlighetsprincipien“). Jedem Mitglied der schwedischen Gesellschaft sollen alle politisch und gesellschaftlich relevanten Dokumente und Daten zur freien Verfügung stehen. Aus diesem Grund sind sie öffentlich einsehbar bzw. kann eine Offenlegung verlangt werden. Gleichsam werden persönliche Daten, wie zum Beispiel die Einkünfte von Politikerinnen und Politikern oder Wirtschaftsmanagern, im Netz offengelegt. Grundsätzlich hat jeder Bürger die Möglichkeit von der Finanzbehörde („skatteverket“) die Einkommensverhältnisse anderer Mitbürger zu erfragen – lediglich das Königshaus ist von dieser Regelung ausgeschlossen. In einem solchen System umfassender Offenheit von Informationen werden die Gefahren für den Datenschutz, wie sie die Debatte in Deutschland prägen, eher zurückhaltend vorgetragen.

Eine letzte Besonderheit der politischen Kultur Schwedens liegt im Bestreben, regelmäßig die demokratischen Spielregeln kritisch zu evaluieren; die sogenannten „Staatlichen Kommissionen“ (Statens Offentliga Utredningar, SOU) erfassen nach entsprechender Beauftragung durch die Regierung den zu regelnden Sachverhalt, evaluieren ihn und geben

¹¹ Gunnar Broberg/Battias Tydén, Eugenics in Sweden: Efficient Care, in: G. Broberg/N. Roll-Hansen (Hg.), Eugenics and the Welfare State. Norway, Sweden, Denmark, and Finland, 2. Aufl., East Lansing 2005, S. 77-151.

¹² Wie sehr sich das Selbstverständnis der schwedischen Gesellschaft wandelt, mag exemplarisch an einem Werbeclip abgelesen werden, in dem Volvo ein Auto unter dem Slogan „Made by Sweden“ bewirbt und ein neuer Phänotyp der schwedischen Gesellschaft vorgestellt wird: der schwedische Fußballprofi Zlatan Ibrahimović mit bosnischen Wurzeln spricht eindrücklich die schwedische Nationalhymne. Der Clip ist mit deutschen Untertiteln abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=4splvjcpnSI>, die längere Originalversion ist abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=cbvdzQ7uVPc>.

politische Handlungsempfehlungen an das Parlament sowie die breite Öffentlichkeit ab. Tatsächlich kann diese wiederkehrende Sorge um die eigene Demokratie auch als kulturelle Tätigkeit angesehen werden, mit der in der Öffentlichkeit über die angemessenen Spielregeln der schwedischen Demokratie verhandelt wird. Diese Überprüfungen sind einerseits explizite „Demokratie-Kommissionen“, in denen Vertreter der politischen Parteien und Sozialpartner im Verbund mit Sozial- und Politikwissenschaftlern den Zustand der Demokratie analysieren. Andererseits werden umfassend neue Herausforderungen der Demokratie systematisch analysiert und in der Öffentlichkeit diskutiert, sei es die Herausforderung der Globalisierung oder der voranschreitenden Digitalisierung.¹³ Die jüngste Demokratieevaluation wurde 2014 in Auftrag gegeben und legte den Abschlussbericht im Januar 2016 vor – in dem eine weitergehende Evaluation der schwedischen Machtverhältnisse mit Nachdruck eingefordert wird.¹⁴

3 Regierungssystem

Die schwedische Verfassung fußt auf vier Säulen: Mit der Verfassungsrevision von 1809 wurde neben der Reichstagsordnung die Regierungsform („regeringsformen“, RF) kodifiziert, ebenso das Thronfolgesetz („successionsordningen“); die Pressefreiheit war bereits seit 1766 Bestandteil der Verfassung, wurde jedoch mit der Reform von 1809 nochmals explizit kodifiziert („tryckfrihetsförordningen“). Erst 1991 wurde eine vierte Säule installiert, die grundrechtliche Verankerung der allgemeinen Meinungsfreiheit („yttrandefrihetsförordningen“). Die jeweiligen Säulen der schwedischen Verfassungen – ebenso wie die Reichstagsordnung – wurden wiederholt reformiert. Nach langen parlamentarischen Verhandlungen kam es 1974 sowie 2010 zu umfassenden Aktualisierungen der schwedischen Verfassung und insbesondere des „Grundgesetzes“, der schwedischen Regierungsform („regeringsformen“, RF).

Die Verfassungsreform von 2010 umfasst vor allem eine erleichterte Personalwahl, eine obligatorische Wahl des Ministerpräsidenten, beratende Volksabstimmungen auf lokaler Ebene sowie die Einführung einer geschlechtsneutralen Sprache in der RF. Ebenso wurde die Stellung der „Riksrevisionen“ in der Verfassung gestärkt, die als eine unabhängige Überwachung staatlicher Behörden fungiert. Zwischen den Parteien umstrittene Themen wie der Proportionalitätsgrad im Wahlrecht, der bislang gemeinsame Wahltag für Reichstag und Gebietskörperschaften oder die Einführung eines unabhängigen Verfassungsgerichtes wurden bei der Reform ebenso ausgespart wie die umstrittene Frage, ob die Übernahme von EU-Recht in schwedisches Recht explizit in der RF kodifiziert werden sollte (da es in der Verfassungswirklichkeit bereits so geschehe). In der neuen Verfassung wurden die Stellung der lokalen Gebietskörperschaften und direktdemokratische Mitbestimmungsinstrumente

¹³ Vgl. hierzu allgemein Ann-Cathrine Jungar, Three Nordic Power Investigations on the Repercussion of the European Union on Sovereignty and Democracy, in: Journal of Contemporary European Studies 21 (2013), S. 372-381. Einzelne Kommissionsberichte sind abrufbar unter: <http://www.sou.gov.se/> (letzter Zugriff 10.11.2015).

¹⁴ In schwedischer Sprache sind die Schlussdokumente sowie einzelne weitergehende Studien der Demokratiutredningen 2014 abrufbar unter: <http://demokratiutredningen.info/> (letzter Zugriff 12.01.2016).

gestärkt. Da explizit die Mitgliedschaft Schwedens in der EU in der Verfassungsrevision kodifiziert wurde, votierten die frisch in den Reichstag gewählten rechtspopulistischen Schwedendemokraten in der zweiten Reichstagsabstimmung¹⁵ am 24. November 2010 als einzige parlamentarische Partei gegen die Verfassungsrevision.¹⁶

Das Machtzentrum des Königreichs Schweden liegt im Reichstag sowie bei der aus ihm hervorgehenden Regierung.¹⁷ Das formale Staatsoberhaupt des schwedischen Königshauses, das seit 1. Januar 1980 auch eine Frau sein kann, übt rein repräsentative Funktionen aus und rekrutiert sich aus der Königsfamilie.

Der Reichstag besteht seit der Wahl von 1970 aus einer Kammer. Nach den Erfahrungen mit dem „Lotterie-Reichstag“ von 1970 bis 1973, als es zu einem exakten parlamentarischen Patt zwischen den politischen Lagern kam und auf das Los als Entscheidungsregel zurückgegriffen werden musste, wurde die Zahl der Abgeordneten auf 349 festgelegt. Die Wahl zum Reichstag findet durch allgemeine, gleiche und geheime Wahlen stets am zweiten Sonntag im September statt¹⁸; mit der Wahl zum Reichstag werden gleichzeitig die Wahlen für die Kommunen und Regionalparlamente durchgeführt. Die Legislaturperiode erstreckt sich seit 1994 auf vier Jahre, zwischen 1970 und 1990 dauerte sie lediglich drei Jahre. Die Wahl zum Reichstag fußt auf dem Verhältniswahlrecht, allerdings ergänzt mit einer 4-Prozent-Hürde bzw. einem erforderlichen Minimum von 12 Prozent der abgegebenen Stimmen in mindestens einem Wahlkreis.

Der Reichstag ist ein dezidiertes Arbeitsparlament. Die 349 Abgeordneten arbeiten in insgesamt 15ständigen Parlamentsausschüssen an der Gesetzgebung. In den meisten Fällen geht die Gesetzgebungsinitiative von der Regierung aus. Nach der Gesetzgebungsinitiative wird eine Ausarbeitung durch eine Königliche Kommission in Auftrag gegeben („SOU, Statens offentliga utredningar“). Nach der Vorlage des Kommissionsberichtes mit eventuellen Vorschlägen zur Gesetzesreform wird dieser Bericht den von der Gesetzgebung tangierten Behörden und gesellschaftlichen Interessenverbänden zur Stellungnahme zugewiesen („remiss“). Grundsätzlich steht es jedoch allen offen, zum Kommissionsbericht Stellung zu nehmen. Nach einer Sichtung der Einwände erarbeitet die Regierung bzw. die involvierten Ministerien einen Gesetzesvorschlag, der in einem ersten Schritt zur rechtlichen bzw. verfassungsrechtlichen Prüfung dem parlamentarischen Gesetzesrat zugesandt wird („lagråd“). Erst nach dieser Prüfung wird der Gesetzgebungsvorschlag („proposition“) in den Reichstag eingebracht,¹⁹ wo er zur weiteren Behandlung einem der 15 Ausschüsse zugewiesen wird. Nach weiteren Verhandlungen im Ausschuss gelangt die Gesetzesinitiative schließlich in den Reichstag, der in einfacher Lesung über die Initiative entscheidet. Wird die

¹⁵ Bei Verfassungsänderungen ist in Schweden eine zweimalige Abstimmung vorgeschrieben, zwischen denen das Parlament neu gewählt werden muss.

¹⁶ Torbjörn Bergman, *Demokratin, statsskicket och regeringsformen*, in: *Statsvetenskapliga tidskrift* 113 (2011), S. 259-270.

¹⁷ Vgl. als deutschsprachigen Überblick: *Regeringskansliet, So wird Schweden regiert* (2014) (<http://www.regeringen.se/contentassets/37daa8712fdb4de2a529932a10554ee5/so-wird-schweden-regiert-sa-styrs-sverige-pa-tyska>, Zugriff am 10.11.2015).

¹⁸ Bis einschließlich zur Reichstagswahl von 2010 lag der Wahltermin auf dem dritten Sonntag im September.

¹⁹ Erfolgt die Gesetzesinitiative aus dem Parlament wird der Gesetzgebungsvorschlag „motion“ genannt.

Initiative im Reichstag angenommen, erfolgt die Publikation des neuen Gesetzes. Ein Teil der europäischen Gesetze wird wirksam, ohne dass der Reichstag hierzu explizit Stellung nimmt.

Eine besondere Funktion im parlamentarischen Prozess kommt dem Vorsitzenden des Reichstages zu („talman“). Neben den üblichen Aufgaben der Organisation und Verfahrensleitung ist es der „talman“, der nach Reichstagswahlen Sondierungsgespräche zur Regierungsbildung führt und einen Kandidaten zur Wahl des Ministerpräsidenten vorschlägt.

Wie in Dänemark und Norwegen dominieren in Schweden Minderheitsregierungen die Nachkriegszeit. Lange Zeit dominierte die sozialdemokratische Partei die Regierungsgeschäfte. Nach 1991 kam es zu handlungsfähigen Koalitionen der bürgerlichen Parteien, die jeweils von einer starken Konservativen Partei angeführt wurden (1991 bis 1994 bzw. 2006 bis 2014) (vgl. Tabelle 1). Nach 1991 konnte einzig die Regierung Reinfeldt II eine parlamentarische Mehrheit erringen, alle anderen Parteien waren auf Verhandlungen mit Oppositionsparteien angewiesen, wollten sie mit parlamentarischer Mehrheit den legislativen Status quo verändern.

Tabelle 1: Regierungen in Schweden seit 1989

Premierminister	Regierungs- zusammensetzung	Zeitraum (Monat/Jahr)	Prozentualer Sitzanteil der Regierungsparteien	Prozentualer Sitzanteil der stärksten Oppositionspartei
Carlsson II (SAP)	SAP	10/88 - 09/91	44,7	18,9
Bildt (M)	M; FP; C; KDS	10/91 - 09/94	48,7	39,5
Carlsson III (SAP)	SAP	10/94 - 03/96	46,1	22,9
Persson I (SAP)	SAP	04/96 - 09/98	46,1	22,9
Persson II (SAP)	SAP	10/98 – 09/02	37,5	23,5
Persson III (SAP)	SAP	10/02 – 09/06	41,3	15,8
Reinfeldt I (M)	M, C, KDS, FP	10/06 – 09/10	51,0	37,2
Reinfeldt II (M)	M, C, KDS, FP	10/10 – 09/14	49,6	32,1
Löfven (SAP)	SAP, MP	10/14 – ?	39,5	24,1

Abkürzungen der Parteien: SAP = Socialdemokratiska Arbetarepartiet / Sozialdemokraten; C = Centerpartiet / Zentrumsparterie; FP = Folkpartiet / Liberale Volkspartei; M = Nya Moderaterna / Neue Konservative Partei; KDS = Kristen Demokratisk Samling / Christdemokraten; MP = Miljöpartiet De Gröna / Grüne Partei.

Quelle: Sven Jochem, Die politischen Systeme Skandinaviens, Wiesbaden 2012: S. 84 sowie www.val.se (letzter Zugriff 22.06.2015).

Das Regieren in der Minderheitsposition hat sich seit 1989 erschwert. Erstens büßte seither die Sozialdemokratische Partei (SAP) ihre hegemoniale Position ein. Zweitens legten spätestens mit der Wahl von 2006 die bürgerlichen Parteien ihre programmatischen Differenzen bei und einigten sich auf eine gemeinsame Wahlplattform. Dadurch entwickelt sich der schwedische Parteienwettbewerb zusehends zu einem modifizierten Zwei-Parteien-System, in dem sich das linke und das rechte Lager mehr oder weniger geschlossen gegenüber stehen. Erstmals geriet diese Blocklogik in den frühen 1990er Jahren vorübergehend durch eine rechtspopulistische Partei (NyDemokrati, ND) ins Wanken, als die Koalitionsregierung unter Führung von Carl Bildt auf die Kooperation vor allem der Sozialdemokraten angewiesen war, gelegentlich jedoch auch auf die Stimmen der Rechtspopulisten setzte. Mit dem Einzug der Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, SD,) in den Reichstag (seit 2010) gerät die Blocklogik des schwedischen Parteienwettbewerbs erneut unter Druck.

Sowohl im rechten als auch im linken Lager werden die Rechtspopulisten bislang in der parlamentarischen Arbeit gemieden. Gleichwohl stützte sich die bürgerliche Minderheitsregierung Reinfeldt II in zahlreichen Gesetzesinitiativen auch auf die Schwedendemokraten. Gleichzeitig konnte aber auch zwischen 2010 und 2014 die linke Opposition die Regierungsarbeit in wichtigen Parlamentsentscheiden torpedieren, in dem sie gemeinsam mit den Schwedendemokraten gegen Initiativen der Regierungskoalition abstimmte und so Initiativen der Regierung blockierte.²⁰

Die Reichstagswahl von 2014 unterminierte die Logik des parteipolitischen Blockwettbewerbs in einem Regierungssystem mit Minderheitsregierungen endgültig. Die Schwedendemokraten sind seither mit 12,9 Prozent der Stimmen sowie 49 Sitzen die drittgrößte Fraktion im Reichstag (vgl. Tabelle 2, unten). Während die SAP die Blockade im Parteienwettbewerb rasch durch eine Kooperation mit den sogenannten Mitteparteien auflösen wollte, unterschätzte sie die programmatische und strategische Geschlossenheit im bürgerlichen Lager. Erst nach einer in der schwedischen Geschichte einmaligen Abstimmungsniederlage der Regierung bei der Verabschiedung ihres ersten Budgets²¹, einigten sich die dominanten sechs Parlamentsparteien (ausgeschlossen blieben die Linksozialisten und die Schwedendemokraten) im sogenannten „Dezemberübereinkommen“ („Decemberöverenskommelsen“, DÖ) auf neue informelle Regeln für Minderheitsregierungen in Schweden.

Die Dezemberübereinkunft sah vor, dass die jeweilige Opposition nicht gegen die eingebrachten Haushaltsentwürfe der jeweiligen Minderheitsregierung stimmen solle. Zudem einigten sich die Parteien auf punktuelle parlamentarische Zusammenarbeit in zentralen politischen Streitfragen (Verteidigung und Sicherheit, Renten, Energie). Insgesamt implizierte diese Übereinkunft eine Stärkung der Minderheitsregierung – gleich welcher Couleur – und schwächte die Veto-Möglichkeiten oppositioneller Parteien. Aufgrund innerparteilicher Kritik kündigten die Christdemokraten das Dezemberübereinkommen im Oktober 2015 auf, die Konservative Partei folgte ihnen unmittelbar nach. Somit ist das Dezemberübereinkommen nach nur neun Monaten Wirksamkeit bereits wieder Geschichte.

Eine Besonderheit des schwedischen Regierungssystems sind die zahlreichen Ombudsmännern und -frauen. Seit der Verfassungsreform von 1809 lässt sich dieses Amt in der schwedischen Verfassung nachweisen.²² Grundlegende Aufgabe der (im Sommer 2015)

²⁰ Vgl. Sven Jochem, Die schwedische Reichstagswahl 2014 – Regierungswechsel und Regierungskrise im schwedischen Minderheitsparlamentarismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015), S. 494-504.

²¹ Die Abstimmungsniederlage der rot-grünen Minderheitsregierung Löfven ist insofern ein Novum, als bislang die Oppositionsparteien traditionell nur für ihren eigenen Budgetentwurf stimmten. Nach den Regeln des negativen Parlamentarismus konnten daher die Minderheitsregierungen ihr Budget auch mit einer relativen Mehrheit verabschieden. In 2014 brachen die Schwedendemokraten mit dieser Tradition, indem sie für den Budgetentwurf der bürgerlichen Allianz votierten. Insofern musste die rot-grüne Minderheitsregierung bis zum Frühlingshaushalt 2015 mit einem Budget regieren, das aus der Feder der Opposition stammte.

²² Erstmals wird das Amt des Ombudsmannes in schwedischen Quellen aus dem Jahr 1713 erwähnt. König Karl XII setzte einen „höchsten Ombudsmann“ ein („högste ombudsman“), der als ein Moderator zwischen Volk und König, bzw. nach 1809 als Moderator zwischen König und Ständen fungieren sollte. Vgl. Hans-Gunnar Axberger, JO – i riksdagens tjänst [JO – Im Dienste des Reichstags], Stockholm 2014, S. 11-17.

sechs amtierenden Ombudsmann-Personen²³ besteht darin, die Interessen der Bevölkerung gegenüber juristischen und administrativen Verfahren zu wahren und gegebenenfalls zu verteidigen. Hierbei beziehen sich die Ombudsmänner und -frauen explizit auf die internationalen und in Schweden kodifizierten Menschenrechte.²⁴

4 Parteien, Verbände, Zivilgesellschaft und Medien

Parteien sind die zentralen Akteure auf allen Ebenen der schwedischen Demokratie, gleichwohl haben sie im schwedischen Königreich (wie in anderen europäischen Ländern) mit rückläufigen Mitgliederzahlen sowie einem gesellschaftlichen Vertrauensverlust zu kämpfen.²⁵ Eine Politik- bzw. Parteienverdrossenheit, wie sie zum Beispiel in Deutschland zu beobachten ist, kann in Schweden allerdings (noch) nicht in diesem Maße beobachtet werden. Die Wahlbeteiligung in Schweden ist zum Beispiel aus international vergleichender Perspektive sehr hoch. Das Vertrauen der Bevölkerung in Parteien ist nicht stark ausgeprägt, gleichwohl lässt sich seit Mitte der 1990er Jahre ein Trend hin zu steigendem Vertrauen in Umfragen feststellen.²⁶

Bis Ende der 1980er Jahre dominierte das klassische Fünf-Parteien-System die schwedische Demokratie. Auf der linken Seite stehen die Linksozialisten (ehemalige Kommunisten) sowie die bis zum Ende der 1980er Jahre im Parteienwettbewerb hegemonialen Sozialdemokraten. Die Mitte des politischen Spektrums wurde von der liberalen Volkspartei sowie der Zentrumspartei abgedeckt. Auf dem rechten Rand etablierten sich die säkular Konservativen.

Seit Mitte der 1980er Jahre diversifizierte sich das schwedische Parteiensystem zusehends. Den Anfang der Veränderungen machte die Grüne Partei, die erstmals 1988 in den Reichstag einzog, ihr folgte die 1964 gegründete Christdemokratische Partei 1991 nach. Bedeutsamer ist die Erweiterung des Parteienspektrums durch rechtspopulistische Parteien. Bereits von 1991 bis 1994 konnte die Ny Demokrati (ND) erstmals parlamentarische Sitze erringen, seit 2010 behaupten sich die Schwedendemokraten (SD) mit Erfolg im Parlament (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Wahlergebnisse zum Reichstag, 1988-2014

	1988	1991	1994	1998	2002	2006	2010	2014
V	5,8	4,5	6,2	12,0	8,4	5,9	5,6	5,7

²³ Justitieombudsmannen (JO) [Ombudsmann für Rechtsfragen], Justitiekanslern (JK) [Justizkanzler], Konsumentombudsmannen (KO) [Ombudsmann für Konsumentenfragen], Diskrimineringsombudsmannen (DO) [Ombudsmann für Diskriminierungsfragen], Barnombudsmannen (BO) [Kinderombudsmann] sowie Barn- och elevombudet (BEO) [Kinder- und Schülerombudsmann] (vgl. <http://www.regeringen.se/lattlast-information-om-regeringen-och-regeringskansliet/den-svenska-samhallsmodellerna/ombudsman/>, letzter Zugriff 22.06.2015).

²⁴ Zur Verankerung der schwedischen Ombudsmänner vgl.: <http://www.manskligarattigheter.se/sv/vem-gor-vad/verige/ombudsmannen>, letzter Zugriff 22.06.2015.

²⁵ Vgl. zu Politikern und Parteien auf den drei Verwaltungsebenen: David Karlsson/Mikael Gilljam (Hg.), Svenska politiker. Om de folkvalda i riksdag, landsting och kommun, Stockholm 2014.

²⁶ Vgl. Henrik Oscarsson/Annika Bergström (Hg.), Swedish Trends 1986-2014, SOM Institutet, Gothenburg 2014, S. 9.

	(21)	(16)	(22)	(43)	(30)	(22)	(19)	(21)
SAP	43,2 (156)	37,7 (138)	45,4 (161)	36,6 (131)	39,9 (144)	35,0 (130)	30,7 (112)	31,0 (113)
MP	5,5 (20)	3,4 (-)	5,0 (18)	4,5 (16)	4,6 (17)	5,2 (19)	7,3 (25)	6,9 (25)
C	11,3 (42)	8,5 (31)	7,7 (27)	5,1 (18)	6,2 (22)	7,9 (29)	6,6 (23)	6,1 (22)
KD	2,9 (-)	7,1 (26)	4,1 (15)	11,8 (42)	9,1 (33)	6,6 (24)	5,6 (19)	4,6 (16)
FP	12,2 (44)	9,1 (33)	7,2 (26)	4,7 (17)	13,4 (48)	7,5 (28)	7,1 (24)	5,4 (19)
M	18,3 (66)	21,9 (80)	22,2 (80)	22,7 (82)	15,3 (55)	26,2 (97)	30,1 (107)	23,3 (84)
ND		6,7 (25)	1,2 (-)					
SD		0,1 (-)	0,3 (-)	0,4 (-)	1,4 (-)	2,9 (-)	5,7 (20)	12,9 (49)

Abkürzungen der Parteien: V = Vänsterpartiet / Linkspartei, SAP = Socialdemokratiska Arbetarepartiet / Sozialdemokraten; MP = Miljöpartiet De Gröna / Grüne Partei; C = Centerpartiet / Zentrumsparter; KD = Kristen Demokratisk Samling / Christdemokraten; FP = Folkpartiet / Liberale Volkspartei; M = Nya Moderaterna / Neue Konservative Partei, ND = Ny Demokrati / Neue Demokratie; SD = Sverigedemokraterna / Schwedendemokraten.

Quelle: Sven Jochem, Die politischen Systeme Skandinaviens, Wiesbaden 2012 sowie www.val.se (letzter Zugriff 22.06.2015).

Die Parteien sind durch den intensiven Parteienwettbewerb gut in der Gesellschaft sichtbar, gleichwohl leiden sie auch in Schweden unter einem gravierenden Mitgliederschwund. Aus historischer Sicht stiegen die Parteimitgliedschaften seit Beginn des 20. Jahrhunderts stetig an. Die große Kehrtwende erfolgte in den 1980er und 1990er Jahren. Gegenwärtig sind die Zahlen der Mitgliedschaften in allen parlamentarisch repräsentierten Parteien nach dem Höhepunkt Mitte der 1980er Jahre (geschätzte Parteimitglieder insgesamt 1,2 Millionen Personen) deutlich abgesunken und befinden sich in jüngster Vergangenheit wieder ungefähr auf dem Niveau der 1920er Jahre. Allein im Zeitraum von 1991 bis 2004 haben sich die Parteimitgliedschaften von geschätzten 625.000 Mitgliedern auf ca. 330.000 Mitgliedern fast halbiert.²⁷ Inoffizielle Daten schätzen zum Jahreswechsel 2014/2015 die Anzahl der Parteimitglieder landesweit auf ca. 300.000.²⁸

Zur Interpretation dieses Schwundes ist zu bedenken, dass der größte Mitgliederverlust bei der Sozialdemokratie zu verbuchen ist. Die SAP entschied sich nach den heftigen Konflikten mit den Gewerkschaften in den 1980er Jahren, die kollektive Mitgliedschaft von Gewerkschaftsmitgliedern in der SAP ab den frühen 1990er Jahren aufzulösen. Die darauf anschließenden massiven Austritte aus der Partei konnten nicht durch Neurekrutierungen kompensiert werden. Neuere Schätzungen zeigen allerdings auch, dass dieser Verlust der Mitgliedschaftsbasis gestoppt zu sein scheint. Zumindest kann auch in jüngerer Vergangenheit die SAP wieder leicht steigende Mitgliederzahlen ausweisen.

Insgesamt ist die Entwicklung innerhalb des Parteiensystems widersprüchlich. Zwar verloren alle Parteien im Zeitraum von 1991 bis 2004 nachweislich Mitglieder. Der Rückgang war aber besonders stark ausgeprägt in der SAP sowie bei der Konservativen Partei. Die kleineren bürgerlichen Parteien waren nicht so stark von Mitgliederverlusten betroffen. Und die neuen

²⁷ Olof Petersson, De politiska partiernas medlemsutveckling, Rapport till SNS Demokratiråd, Stockholm 2005.

²⁸ Vgl.: Fler gick med i partier valåret, in: Göteborgs-Posten v. 12. Februar 2015.

Parteien, wie die Grüne Partei, die Schwedendemokraten oder die Feministische Initiative²⁹, können nachweislich an Mitgliedern zulegen.

Schweden kann als „organisierte Demokratie“ bezeichnet werden, in der Interessenverbänden ein institutionell abgesicherter Einfluss auf die Gesetzgebung eingeräumt wird und die Gesetzgebung somit organisierte, kollektive Interessenorganisationen integriert. Zudem profitieren die Kollektivverbände von Arbeit und Kapital von der schwedischen Variante einer Tarifautonomie, die zwar keinen Verfassungsrang aufweist, in der jedoch traditionell die staatlichen Akteure den Sozialpartnern große Spielräume zur sozialpartnerschaftlichen Selbststeuerung einräumen. Zudem werden die Interessenverbände durch das schwedische Gesetzgebungsverfahren mit dem Verfahren der Staatlichen Kommissionen (SOU) oder dem breit angelegten parlamentarischen Anhörungsverfahren („remiss“) politisch eingebunden.

Daten zu den Verbandsmitgliedschaften sind für alle landesweit aktiven Verbände nicht verfügbar, aber die Dynamik der Verbändelandschaft lässt sich exemplarisch an den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden illustrieren. Gemeinhin wird Schweden als Land der mächtigen Gewerkschaften tituliert, hinzuzufügen ist jedoch, dass Schweden auch das Land der mächtigen Arbeitgeberverbände ist. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich wird, ist der überwiegende Anteil des Arbeitsmarktes von diesen Verbänden abgedeckt. Ebenso wird aus den Daten in Tabelle 3 deutlich, dass diese hohen Organisationsgrade zwar leicht rückläufig sind, allerdings sind die Verluste marginal.

Tabelle 3: Organisationsgrad Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, 1990 – 2014

Jahr	Gewerkschaften			Arbeitgeberverbände		
	privat	öffentlich	gesamt	privat	öffentlich	gesamt
1990	75	91	81			
1993	78	94	85			
1995				77	100	86
2000	74	92	81	75	100	83
2005	72	89	78	78	100	86
2006	71	88	77	77	100	85
2007	68	86	73	77	100	84
2008	65	84	71	80	100	87
2009	65	84	71	81	100	88
2010	65	85	71	80	100	87
2011	65	83	70	80	100	86
2012	65	83	70	81	100	87
2013	65	83	70	80	100	87
2014	64	82	70	--	--	--

Anmerkungen: Gewerkschaftsdichte der Angestellten im Alter von 16-64 Jahren basierend auf Arbeitskräfteerhebungen (jährlicher Durchschnitt), ausgenommen Teilzeit arbeitende Vollzeitstudenten. Dichte der Arbeitgeberverbände: Anteil der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte), die in einem Unternehmen beschäftigt sind, das (zum Ende eines Jahres) einer Arbeitgeberorganisation angehört.

Quelle: Eigene Darstellung nach Anders Kjellberg (2015): Kollektivavtalens täckningsgrad samt organisationsgraden hos arbetsgivarförbund och fackförbund. Studies in Social Policy, Industrial Relations,

²⁹ Die Feministische Initiative wurde 2005 als Partei gegründet. Obwohl sie bislang stets unter der 4-Prozent-Hürde verblieb wird ihr in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit zuteil.

Die Geltungskraft der Kollektivvereinbarungen ist immer noch sehr stark. Während 1995 ca. 90 Prozent aller Beschäftigten im Privatsektor von kollektivvertraglichen Regeln erfasst wurden, sank dieser Wert nur leicht auf ca. 84 Prozent im Jahr 2013 ab. Im öffentlichen Bereich werden 100 Prozent der Beschäftigten von Kollektivverträgen erfasst, woraus sich ein gesamtwirtschaftlicher Deckungsgrad von 94 Prozent im Jahr 1995 bzw. 89 Prozent im Jahr 2013 ergibt.

Diese Daten können aber nicht den wechselnden Einfluss der Verbände auf den Gesetzgebungsprozess erfassen. Mit den 1990er Jahren schwenkte die schwedische Politik, gegen den Widerstand der Gewerkschaften, auf ein Austeritäts-Regime um.³⁰ Unmittelbar zu Beginn der 1990er Jahre erfolgte eine weitere Zäsur der schwedischen Konzertierungstradition, als sich die Arbeitgeberverbände aus den tripartistisch besetzten Verwaltungsstäben zurückzogen und die damalige bürgerliche Koalition gänzlich auf die Integration von Verbänden in den Verwaltungen verzichtete. Ebenso ist zu beobachten, dass beginnend mit den 1980er Jahren die Staatlichen Kommissionen (SOU) immer stärker selektiv von den Regierungen zusammengesetzt wurden bzw. immer stärker sogenannte Experten aus der Wissenschaft an Einfluss gewannen. Dieser Trend wurde zu Beginn des 21. Jahrhunderts – wenn die Zahlen zutreffen – wieder etwas gestoppt.³¹

Eine Erosion der institutionalisierten Einflusskanäle der schwedischen Verbändelandschaft geht einher mit einer sich seit den späten 1990er Jahren deutlichen verstärkenden indirekten Partizipation der schwedischen Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungen. Diese indirekte Einflussnahme der Verbände richtet sich unmittelbar an die Parlamentarier bzw. andere politische Akteure in Verwaltung und Medien, wobei diese Einflusskanäle oft verdeckt sind und sich daher einer präzisen Messung entziehen. Insgesamt kommt die Forschung zu der These, dass die Veränderungen hin zu unmittelbaren aber damit nicht öffentlichen Einflusskanälen in einer insgesamt sehr aktiven schwedischen Zivilgesellschaft eine gesamtgesellschaftliche Deliberation politischer Entscheidungen eher erschwert als befördert hat.³²

Die aktive Zivilgesellschaft Schwedens geht einher mit einem aus internationaler Perspektive stark ausgeprägten zwischenmenschlichen Vertrauen. Auf den ersten Blick überrascht dieser Befund, da angenommen werden könnte, der umfassend ausgebaute Wohlfahrtsstaat würde zivilgesellschaftliches Engagement und zwischenmenschliches Vertrauen durch seine Interventionen überflüssig machen. Bo Rothstein zeigt jedoch, dass dies für Schweden und insgesamt den Norden nicht zutrifft, die Koexistenz von Wohlfahrtsstaat und aktiver

³⁰ Sven Jochem, Reformpolitik im schwedischen Wohlfahrtsstaat – Formen, Gründe und Konsequenzen der Austeritätspolitik, in: Wirtschaftspolitische Blätter 62 (2015), S. 603-614; Philip Mehrstens, Staatsschulden und Staatstätigkeit. Zur Transformation der politischen Ökonomie Schwedens, Frankfurt u.a. 2014.

³¹ PerOla Öberg u.a., Disruptet Exchange and Declining Corporatism: Government Authority and Interest Group Capability in Scandinavia, in: Government and Opposition 46 (2011), S. 365-391.

³² PerOla Öberg/Torsten Svensson, Civil Society and Deliberative Democracy: Have Voluntary Organisations Faded from National Public Politics, in: Scandinavian Political Studies 35 (2012), 246-271.

Zivilgesellschaft allerdings von der Wirkungsmacht universeller Institutionen des Wohlfahrtsstaates abhängt.³³

Aus historischer Sicht ist zu betonen, dass das zwischenmenschliche Vertrauen in der schwedischen Gesellschaft seit Mitte der 1990er Jahre relativ stabil auf hohem Niveau verharrt, eher mit einem leicht ansteigenden Trend seit 2010.³⁴ Beachtlich ist ferner, dass der Anteil der Menschen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind, auf einem geringen Niveau von ca. 7 Prozent aller Befragten verblieben ist. Und ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, dass seit Mitte der Nuller Jahre das politische Interesse innerhalb der schwedischen Gesellschaft von einem bereits hohen Niveau beginnend noch weiter anzusteigen scheint. Insgesamt mündet dies in die These, dass in Schweden eine starke mit zwischenmenschlichem Vertrauen ausgestattete Zivilgesellschaft politisch interessiert und mit der Funktionsweise der schwedischen Demokratie zufrieden ist.

Die schwedische Medienlandschaft diversifizierte sich seit 1990 zusehends. Ausgehend von den ehemals staatlichen Rundfunkanstalten mit ihren Monopolen betraten seit 1989 vermehrt private Anbieter die Märkte. Bei den Printmedien ist gegenwärtig eine sehr bunte und vielschichtige Medienlandschaft zu beobachten. Ein gravierender Trendwechsel kann auf die zunehmende Digitalisierung der Medienlandschaft zurückgeführt werden. Während 1990 noch ca. 87 Prozent aller Bürger regelmäßig (d.h. mindestens drei Mal wöchentlich) gedruckte Morgenzeitungen bzw. 35 Prozent gedruckte Abendzeitungen lasen, reduzierte sich dieser Anteil auf 58 Prozent respektive 10 Prozent bei gleichzeitig stark zunehmender internetbasierter Mediennutzung.³⁵ Während im Jahr 1995 erst drei Prozent der Schweden regelmäßigen Zugang zum Internet hatten, beläuft sich dieser Wert auf 90 Prozent im Jahr 2013. Der Digitalisierungsprozess hat in Schweden also nicht zum vollständigen Verschwinden gedruckter Medien bzw. der staatlichen Rundfunkanstalten geführt, aber es kann vermutet werden, dass sich für die überwiegende Mehrzahl der schwedischen Bevölkerung die tägliche Mediennutzung durch die Digitalisierung deutlich verändert hat.

5 Wahlrecht und Wahlen

Das schwedische Wahlrecht kann aktiv von allen schwedischen Bürgerinnen und Bürgern ab dem 18. Lebensjahr mit Wohnsitz in Schweden wahrgenommen werden.³⁶ Schwedische Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz im Ausland können das Wahlrecht für die Reichstagswahl bzw. für die Wahl zum Europäischen Parlament beantragen; ihnen ist jedoch das Wahlrecht für die Kommunalwahl sowie die Wahlen zu den regionalen Parlamenten

³³ Staffan Kumlin/Bo Rothstein, Making and Breaking Social Capital. The Impact of Welfare Institutions, in: Comparative Political Studies 38 (2005), S. 339-365.

³⁴ Vgl. H. Oscarsson/A. Bergström (eds.), Trends (wie Fn. 26), S. 19. Vgl. Zum Zusammenspiel zwischen Medien, Parteien und Wählern: Bengt Johansson u.a., Det politiska spelet. Medborgare, medier och politiker i den representativa demokratin, Lund 2014.

³⁵ Lennart Weibull, Dagstidningsprenumeration igår, idag – och imorgon?, in: Annika Bergström u.a. (Hg.), Fragment (SOM Rapport nr 63), Göteborg 2015, S. 463-479.

³⁶ Die Informationen sind der Homepage der schwedischen Wahlbehörde entnommen: www.val.se (in schwedischer Sprache).

verwehrt. Bürgerinnen und Bürger aus EU-Ländern oder Island und Norwegen besitzen das Wahlrecht für kommunale und regionale Wahlen, wenn sie in einer schwedischen Kommune gemeldet sind. Bürgerinnen und Bürger anderer als der eben genannten Länder besitzen das kommunale und regionale Wahlrecht, wenn sie vor dem Wahltag mindestens drei Jahre in einer schwedischen Kommune gemeldet waren. Die Wahlen sind allgemein, direkt und geheim.

Schweden ist in 29 Mehrpersonen-Wahlkreise aufgeteilt. Je nach Bevölkerungsanzahl in den Wahlkreisen werden von zwei (Gotland) bis zu 10 (Stockholm) Mandate vergeben. Insgesamt werden 310 sogenannte Wahlkreissitze vergeben. Die weiteren 39 Mandate dienen als Ausgleichsmandate. Landesweit gilt für die Reichstagswahl eine Sperrklausel von vier Prozent landesweiter Stimmen bzw. von mindestens 12 Prozent der Stimmen in einem Wahlkreis.³⁷ Die Umrechnung von Stimmen in Mandate erfolgt nach einer modifizierten Sainte-Laguë Methode.

Eine Besonderheit des schwedischen Wahlrechts liegt in der Möglichkeit, nach Parteien oder nach Personen abzustimmen. Den Parteien steht es frei, ihre Wahllisten für die Personenwahl zu öffnen. Durch eine eindeutige Personenwahl können die Wähler die Parteienlisten auflockern und eigene persönliche Präferenzen ausdrücken. Während die explizite Personenwahl in Finnland und Dänemark sehr gebräuchlich ist (über 50 Prozent der Wähler geben an, nach Personen und nicht nach Parteien abzustimmen), liegt dieser Wert für Schweden deutlich niedriger (bei der Wahl 2006 stimmten zum Beispiel nur 18 Prozent der Wähler nach Personen ab).³⁸ Mit der Verfassungsrevision 2010 sollten diese Möglichkeiten einer personalisierten Wahlentscheidung ausgebaut werden.

Das schwedische Wahlrecht wurde jüngst in einigen Detailfragen reformiert und wird erstmals bei der Wahl 2018 zum Einsatz gelangen. Nach langjährigen politischen Verhandlungen einigten sich die Parteien auf Änderungen im Bereich des Wahlrechts, die teilweise auch Verfassungsänderungen notwendig machten. Insgesamt sind folgende Aspekte neu: Zur Wahl 2018 soll erstmals die Stimme auch über das Internet abgegeben werden können, die Kandidaten der Parteien sollen dann auch ein bestimmtes Bildungsniveau nachweisen müssen. Ebenfalls sollen die Anreize für die Personenwahl weiter gestärkt werden, die Parteisymbole sollen auf den Wahlzetteln abgedruckt werden und die gewählten Kandidaten sollen einer möglichen Wahl im Vorfeld der Wahl explizit zustimmen müssen. Insgesamt soll die Mandatsverteilung noch stärker proportional zum Wahlergebnis ausfallen.³⁹

Mit der Verfassungsänderung von 2010 wurden direktdemokratische Abstimmungen gestärkt. In wichtigen politischen Fragen wurden bereits auf nationaler Ebene Entscheide direkt mit einem beratenden Mandat dem Volk vorgelegt. 1922 wurde direktdemokratisch das Alkoholverbot mit sehr knapper Mehrheit abgelehnt (49,1% vs. 50,9%). Der Wechsel zum Rechtsverkehr wurde direktdemokratisch 1955 entschieden, ebenso wie 1957 die Einführung

³⁷ Bei der Wahl zu den Regionalparlamenten (Landsting) reduziert sich die Sperrklausel auf drei Prozent. Bei den Kommunalwahlen entfällt die Sperrklausel zur Gänze.

³⁸ Åsa Bengtsson u.a., *The Nordic Voter. Myths of Exceptionalism*, Colchester 2014, S. 92.

³⁹ Vgl. http://www.val.se/det_svenska_valsystemet/lagar/valregler_forandring/index.html.

der Allgemeinen Zusatzrente. Die Atomenergie wurde in drei Alternativen 1980 dem Volk vorgelegt. Und die europäische Integration war 1994 Gegenstand direktdemokratischer Entscheidungsfindung – 52,3% der Bevölkerung stimmten für einen Beitritt zur EU. Hingegen lehnten 55,9 % der Bevölkerung 2003 die Einführung des Euros in Schweden ab.

Direktdemokratische Abstimmungen werden verstärkt auf kommunaler Ebene durchgeführt. Gegenstand dieser zahlreichen Abstimmungen sind in der Regel größere Bauvorhaben. Aber auch Aspekte der sozialen Dienstleistungen oder der Bildungspolitik werden auf diese Weise mit einem beratenden Mandat vor das Volk gebracht.⁴⁰

6 Grundrechte

Das schwedische Rechtssystem ist aus historischer Perspektive betrachtet eine mittlere Form zwischen dem germanischen / kontinentaleuropäischen Rechtssystem mit seiner starken Kodifizierung und einer angelsächsischen Rechtstradition, die durch eine eher schwache Kodifizierung und einer Vielzahl von fallbezogenen Rechtsfortentwicklungen geprägt ist. Die Grundrechte sind in Schweden explizit mit Verfassungsrang versehen.

Als Grundrechte sind explizit in der Verfassung verbrieft: Die freie Meinungsäußerung, das Recht zur freien Versammlung, Vereinigung und Demonstration, das Recht einer freien Religionsausübung und das Recht auf Informationsfreiheit. Aufgrund der Aufteilung der schwedischen Verfassung (siehe oben) sind diese Rechte an unterschiedlichen Punkten in den schwedischen Verfassungstexten aufgenommen. Zentral zusammengefasst werden sie jedoch in der „Regeringsform“ (RF), Kapitel 2, §§ 1-25.

Als ein überformendes Prinzip über die jeweils ausdifferenzierten Grundrechte kann das Offenheitsprinzip angesehen werden („offentlighetsprincipen“). In einem Teil der schwedischen Verfassung, der den Teil der freien Presse und freien Meinungsäußerung behandelt („tryckfrihetsförordningen“), wird das Offenheitsprinzip als das grundlegende Recht aller schwedischen Bürgerinnen und Bürger umschrieben, sich an allen öffentlichen Vorgängen beteiligen zu können. Von diesem Prinzip wird die weitgehende Offenheit der schwedischen Politik und Verwaltung abgeleitet, die alle Vorgänge, insofern dem nicht konkrete Sicherheitsinteressen widersprechen, der allgemeinen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen müssen. Ein weiterer Aspekt dieser Offenheit betrifft auch die Offenlegung der Einkommensverhältnisse aller Bürgerinnen und Bürger, die bei der Steuerbehörde von jeder Bürgerin und jedem Bürger für beliebige Personen (außer Mitglieder des Königshauses) angefragt werden können.

Das Offenheitsprinzip kann als ein Prinzip interpretiert werden, das als eine Form des Vertrauens zwischen Bevölkerung und Staat eine weitgehende beiderseitige Offenheit proklamiert. In jüngster Zeit und im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung des schwedischen Staates wird diese Offenheit allerdings auch hinterfragt. Die schwedischen

⁴⁰ Eine Übersicht über direktdemokratische Abstimmungen auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene ist abrufbar auf der Homepage der schwedischen Wahlbehörde:
http://www.val.se/det_svenska_valsystemet/folkomrostningar/index.html.

Gerichtsbehörden hatten 2014 ihre Gerichtsakten digitalisiert und auf einer Homepage zum Abruf bereitgestellt (<http://lexbase.se/>). Durch eine Kartenfunktion konnten Rechtsverstöße von zum Beispiel Nachbarn unmittelbar und uneingeschränkt eingesehen werden. Diese Form der Digitalisierung des schwedischen Rechtswesens wurde sehr stark von der Bevölkerung nachgefragt – die Homepage brach aufgrund vieler Anfragen mehrfach zusammen. Aber diese Praxis wurde auch in der Öffentlichkeit kritisiert, da eine solche Form der Offenheit von einigen als Verletzung ihrer Privatsphäre interpretiert wurde. Gleichwohl ist die Datenbank heute immer noch erreichbar. Allerdings muss für die Einsichtnahme in die Gerichtsakten jetzt bezahlt werden.

7 Verwaltung

Wie in den anderen nordischen Staaten (mit Ausnahme Islands) ist auch in Schweden die Verwaltung dreigliedrig aufgebaut: Neben der zentralstaatlichen Verwaltungsebene existieren regionale bzw. provinzielle („län“) und kommunale Verwaltungen. Mit dem Beitritt Schwedens zur EU (1994) kann noch die administrative Ebene der EU als eine weitere Verwaltungsstufe der schwedischen Demokratie hinzugezählt werden.

Die schwedische Verwaltung folgt – anders als in Dänemark, Norwegen oder Island – dem „ostskandinavischen Modell“ der Verwaltungsorganisation.⁴¹ In diesem Verwaltungsmodell besitzen die Verwaltungen grundsätzlich größere Freiräume gegenüber den jeweiligen Regierungen.

Auf zentralstaatlicher Ebene ist die Kanzlei der Ministerien eine Behörde, die als Regierungsstab fungiert. Insgesamt sind in den schwedischen Regierungen 12 Ministerien angesiedelt. Von den ca. 4.500 Angestellten in den Ministerien sind ca. 200 politisch ernannte Mitarbeiter, die bei einem Regierungswechsel ausgewechselt werden. In den 12 Ministerien können jeweils mehrere Minister mit aufgeteilten Sachgebieten und ihrem jeweiligen Mitarbeiterstab ihre Regierungsgeschäfte ausführen.⁴²

Im Jahr 2015 existierten in Schweden ca. 350 staatliche Behörden, die unmittelbar den entsprechenden Ministerien zugeordnet sind. Die schwedische Finanzbehörde („Skatteverket“) oder das schwedische Migrationsamt („Migrationsverket“) können exemplarisch genannt werden. In Schweden ist der direkte Einfluss des Ministers auf behördliche Entscheidungen nicht möglich, insofern besitzen die staatlichen Behörden eine gewisse Implementationsfreiheit. Seit den frühen 1990er Jahren, nach dem Auszug der Arbeitgeber aus den korporatistischen Verwaltungsstäben der schwedischen Behörden, werden die Verwaltungsstäbe ohne Integration gesellschaftlicher Dachverbände unter rein öffentlicher Leitung betrieben.

⁴¹ Detlef Jahn, Das politische System Schwedens, in: W. Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage, Wiesbaden 2009, S. 107-149, hier S. 138f.

⁴² Zur Aufteilung der gegenwärtig 24 Ministerinnen und Minister auf die jeweiligen Ministerien vgl. als aktuelles Beispiel Jochem, Reichstagswahl (wie Fn. 20), S. 500.

Schweden besitzt 21 Provinzen („län“), in denen jeweils eine Provinzialregierung („länsstyrelsen“) sowie ein Provinzialparlament („landsting“). existieren. Die Provinzen sind vor allem für Aufgaben des Gesundheitswesens aber auch des Naturschutzes bzw. der Landesverteidigung zuständig. Einzig in Gotland existieren aufgrund der geringen Größe keine parallelen kommunalen und regionalen Verwaltungsstrukturen, die regionalen Angelegenheiten werden dort von der Kommunalverwaltung übernommen. Für die regionalen Angelegenheiten können die Provinzialparlamente Einkommenssteuern erheben.

Schweden ist administrativ in 290 Kommunen aufgeteilt, die eine eigenständige Exekutive („kommunstyrelsen“) und ein eigenständiges Parlament („kommunfullmäktige“) haben. Die lokale Verwaltungsebene deckt von den sozialen Dienstleistungen über den Wohnungsbau, Wasserversorgung und Kinderbetreuung den weitesten Teil administrativer Tätigkeiten in Schweden ab. Die kommunalen Parlamente können zur Finanzierung ihrer Dienstleistungen Einkommenssteuern und Gebühren erheben. Gleichwohl gibt der Zentralstaat in einigen Bereichen (wie zum Beispiel im Bereich der Sozial- oder Bildungspolitik) konkrete Grundleistungen und Qualitätsstandards vor, an die die kommunalen Akteure gebunden sind.

Die Exekutiven der Regionen und Kommunen sind in einem gemeinsamen Verband organisiert, dem SKL („Sveriges kommuner och landsting“)⁴³. Der SKL evaluiert regelmäßig die Qualität der regionalen bzw. kommunalen Demokratie, bereitet eine Vielzahl von Daten aus den Regionen und Kommunen auf und engagiert sich in jüngster Zeit intensiv bei der fortschreitenden Digitalisierung der schwedischen Verwaltungen.

Große Reformen der regionalen Verwaltungsordnung fanden in Schweden letztmals in den 1970er und 1980er Jahren statt. Überlegungen, die regionale Verwaltungsebene aufzulösen, konnte bislang keine politische Mehrheit erlangen. Strukturschwache Kommunen und Provinzen sind nicht in einen horizontalen Finanzausgleich eingebunden. Insofern fokussiert die gegenwärtige politische Debatte die Notwendigkeit, größere kommunale Verwaltungseinheiten zu schaffen, was jedoch auf lokalen Widerstand stößt.

8 Justiz

Das schwedische Rechtssystem gliedert sich auf in gegenwärtig 48 Amtsgerichte („tingsrätt“), die über das gesamte Land verteilt sind und als erste Instanz dienen. Übergeordnet finden sich sechs Oberlandesgerichte („hofrätt“). Der Oberste Gerichtshof („Högsta Domstolen“) mit Sitz in Stockholm kann nicht wie andere Oberste Gerichtshöfe die Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung prüfen. Es obliegt ihm lediglich, auf Antrag strittige Verfahren im Einzelfall zu entscheiden.⁴⁴ Diese dreigliedrige Struktur des Rechtswesens spiegelt sich im Verwaltungsrecht wider (12 Verwaltungsgerichte / „Förvaltningsrätt“, vier

⁴³ Vgl. die Homepage des SKL: <http://skl.se/>.

⁴⁴ Vgl. die Informationen auf der Internetpräsenz des Obersten Gerichtshofes (<http://www.hogstodomstolen.se/>, letzter Zugriff 22.06.2015).

Oberverwaltungsgerichte / „kammarrätt“, Oberster Verwaltungsgerichtshof / „Högsta Förvaltningsdomstolen“).⁴⁵

Das Polizeiwesen Schwedens wurde zum 1. Januar 2015 grundlegend reformiert. Die bisherigen 21 Polizeibehörden wurden mit der bisherigen landesweiten Führung verschmolzen und in eine zentrale Behörde überführt. Insgesamt 9000 Angestellte betreiben die landesweit 47 Gefängnisse und 31 Untersuchungsgefängnisse, in denen zwischen 2000 und ca. 4000 Personen ihre Strafe verbüßen.⁴⁶

In der Literatur wird dem schwedischen Rechtswesen insgesamt ein politischer Bedeutungszuwachs zugeschrieben. Auf der einen Seite ergebe sich dies aus der fortschreitenden Verrechtlichung der Politik, die in Teilen den politischen Prozess auch in die Gerichtshöfe trage. Zum anderen werde dieser Prozess angetrieben durch die zunehmende Europäisierung der schwedischen Politik. Die starke Stellung des Europäischen Gerichtshofes führe zum Beispiel dazu, dass in Schweden eine Stärkung des Obersten Gerichtshofes angestrebt werde, bislang jedoch ohne Erfolg. Das Selbstverständnis der obersten schwedischen Gerichte kann als unpolitisch charakterisiert werden. Gleichwohl führten beispielsweise Bescheide des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes dazu, dass bestimmte Entscheidungsmaterien explizit vom Kabinett direkt in den Obersten Verwaltungsgerichtshof transferiert wurden.⁴⁷

Die schwedische Bevölkerung zollt jüngeren Messungen zufolge dem Rechtswesen ein großes Vertrauen. Nach dem Gesundheitswesen, den Universitäten und den öffentlichen Medien genießen die Polizei aber auch die Gerichte ein außergewöhnlich hohes Vertrauen in der Bevölkerung.⁴⁸ Aktuelle Messungen belegen zudem, dass das subjektive Empfinden in der Bevölkerung, vor Verbrechen sicher zu sein, sehr hoch ist.⁴⁹

9 Militär

Das schwedische Militär war bis 1990 politisch eingebettet in die außenpolitische Doktrin der Neutralität mit dem Ziel, eine eigenständige sowie schlagkräftige Landesverteidigung zu garantieren. Mit dem Ende des Kalten Krieges, der voranschreitenden Europäischen Integration des Landes und mit den seit jüngster Zeit aufflammenden geopolitischen Konflikten im Ostseeraum hat sich diese Position des Militärs mehrfach gewandelt.

⁴⁵ Für eine Übersicht über das schwedische Rechtssystem vergleiche mit den weiterführenden Verweisen die Aufstellung auf: https://e-justice.europa.eu/content_ordinary_courts-18-se-de.do?member=1 (letzter Zugriff 22.06.2015).

⁴⁶ Regeringskansliet, *The Swedish Judicial System*, Stockholm 2015.

⁴⁷ Vgl. Torbjörn Bergman/Niklas Bolin: *Swedish Democracy. Crumbling Political Parties, a Feeble Riksdag, and Technocratic Power Holders?*, in: T. Bergman/K. Strøm (Hg.), *The Madisonian Turn. Political Parties and Parliamentary Democracy in Nordic Europe*, Michigan 2011, S. 251-293, hier S. 282.

⁴⁸ Sören Homberg/Lennart Weibull, *Det viktiga institutionsförtroendet*, in: Lennart Weibull/Henrik Oscarsson/Annika Bergström (Hg.), *Vägskal. 43 kapitel om politik, medier och samhälle*, Göteborg 2013, S. 225-245, hier S. 229.

⁴⁹ *Brottsförebyggande rådet, Nationella trygghetsundersökning 2014*, Stockholm 2015.

Das Militär ist in Friedenszeiten dem Parlament unterstellt. In Kriegszeiten sieht die Verfassung die Bildung eines Gremiums vor („krigsdelegation“), das anstelle des Parlamentes über militärische Belange entscheidet und bei der eigenen Organisation große Spielräume besitzt (RF 15. Kapitel).

Die Wehrpflicht wurde von der sozialdemokratischen Minderheitsregierung 1995 mit knapper parlamentarischer Mehrheit ausgesetzt; seither rekrutiert sich das Militär aus Freiwilligen beider Geschlechter. Aktuellen Angaben zufolge dienten 2015 ungefähr 50.000 Personen im schwedischen Militär, wobei die Soldatinnen in der großen Minderzahl sind (ca. 7000).⁵⁰ Der Rückgang der schwedischen Streitkräfte ging einher mit deutlich sinkenden Ausgaben für die Landesverteidigung. Während die schwedische Regierung 1990 noch ca. 2,5 Prozent des BIP hierfür aufwendete, sank der Anteil auf ca. 1,2 Prozent im Jahr 2014.⁵¹

Das Jahr 1990 stellt in der schwedischen Verteidigungspolitik eine Zäsur dar. Zuvor war das Dogma der sicherheitspolitischen Neutralität bzw. der Allianzfreiheit unangefochten und wurde als eine Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg in der politischen Debatte unisono verteidigt. Durch die Veränderungen der sicherheitspolitischen Landschaft in Europa begannen nach 1990 zögerliche Schritte einer behutsamen Anbindung des Landes an die NATO. Bislang ist Schweden kein offizielles Mitglied der NATO, gleichwohl partizipiert das Land an Kooperationen im Rahmen der NATO „Partnership for Peace“. Ferner nahm das schwedische Militär an gemeinsamen Übungen und Missionen der NATO vom Kosovo bis zum Hindukusch teil.

Mit dem EU Beitritt 1994 wurde Schweden ein Teil der europäischen Sicherheitsgemeinschaft. Seit 2003 ist Schweden aktiv an EU Missionen im Ausland beteiligt (Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kongo, Georgien). Einer EU Eingreiftruppe stellt Schweden 1.500 Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung und dominiert mit einer schwedischen Truppenstärke von 1.900 Soldatinnen und Soldaten die sogenannte „Nordic Battle Group“ der EU. Diese Kurswechsel implizieren eine deutliche Abkehr vom Prinzip der eigenständigen Landesverteidigung hin zu einer schwedischen Armee des internationalen Krisenmanagements, das eingebunden ist in internationale Kooperationen und Verpflichtungen.

Mit der geopolitischen Neuausrichtung Russlands seit 2008 (Georgienkonflikt) und den veränderten Ambitionen des Landes im Ostseeraum sowie in der Arktis wandelte sich die öffentliche Debatte über die Verteidigungspolitik Schwedens erneut.⁵² Der damalige Verteidigungsminister Sverker Göransson fachte die Diskussion 2012 mit dem Statement an, dass die schwedischen Verteidigungskräfte das Land nur maximal eine Woche verteidigen könnten. Seither wird eine offizielle NATO Mitgliedschaft wieder intensiver diskutiert. Die Politik zögert jedoch vor einem solchen in der Öffentlichkeit umstrittenen Schritt und orientiert sich eher an bilateralen sicherheitspolitischen Kooperationen.

⁵⁰ Vgl. die Angaben auf der Homepage der schwedischen Landesverteidigung

<http://www.forsvarsmakten.se/sv/information-och-fakta/forsvarsmakten-i-siffror/>, 23.11.2015.

⁵¹ CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Schweden ringt um seine Verteidigungspolitik, Zürich 2013.

⁵² Vgl. Tobias Etzold/Christian Optiz, Zwischen Allianzfreiheit und Einbindung. Finnland und Schweden auf der Suche nach einer neuen Sicherheitsstrategie, SWP Aktuell 33 (2015), Berlin 2015.

10 Kirchen und Religionen

Mit der Reformation setzte sich in Schweden der lutherische Glaube durch, und nach mehreren Konflikten kann spätestens seit 1614 von einer reformierten Staatskirche lutherischen Glaubens in Schweden gesprochen werden. Die enge Verbindung zwischen Kirche und Staat prägte neben anderen Faktoren die starke Rolle des Staates in sozialen Belangen. Die Staatskirche war jedoch keinesfalls ein bloßes Instrument des Staates, wengleich ein Austritt aus der Kirchengemeinschaft (ohne Eintritt in eine andere Glaubensgemeinschaft) erst nach 1951 rechtlich ermöglicht wurde. Im Gegenteil führten diese engen Verbindungen zu einer weitgehenden Demokratisierung der Staatskirche; noch heute sind z.B. politische Parteien wichtige Akteure bei den turnusmäßigen Kirchenwahlen bzw. der Selbstverwaltung der Kirchengemeinden.

Bedeutsam für die gesellschaftliche Entwicklung waren vielfältige religiöse Freikirchen und Volksbewegungen, die christliche Normen jenseits der eher orthodoxen Staatskirche propagierten und lebten.⁵³ Mit der Loslösung der Kirche vom Staat seit 2000 – die Kirche wurde aus dem staatlichen Verwaltungsaufbau ausgegliedert sowie rechtlich in ihrer Eigenständigkeit abgesichert – und der zunehmenden Migration seit den 1990er Jahren hat die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Schweden zugenommen.

Die „Entstaatlichung“ der Schwedischen Kirche wurde zu Beginn der 1990er Jahre intensiv diskutiert. Nach dem Schlussbericht einer Königlichen Kommission⁵⁴ setzte sich der politische Konsens durch, die Verbindungen zur Staatskirche zu lösen. Das bisherige Kirchengesetz, das vom Reichstag verabschiedet und novelliert wurde, wird seit 2000 als Kirchenordnung von den demokratischen Organen der Schwedischen Kirche selbst fortentwickelt, die Kirchensteuer entfiel und wurde durch Kirchenabgaben nur für Kirchenmitglieder ersetzt. Das Recht auf gleichgeschlechtliche Ehen wurde 2009 sowohl vom Reichstag als auch von der „Kyrkomötet“, dem höchsten Entscheidungsorgan der Schwedischen Kirche, gleichzeitig festgeschrieben.

Die Schwedische Kirche ist demokratisiert und transparent. Jährlich im Herbst findet in Uppsala das Treffen der „Kyrkomötet“ statt. In diesem Organ werden alle Angelegenheiten der Kirche geregelt. Innerhalb der Kirche finden alle vier Jahre Wahlen statt, in denen die Mitglieder der Kirche ihre Vertreter auf lokaler, regionaler (nach Stiften ausgerichteten) und nationaler Ebene bestimmen. Diese Wahlen zeichnen sich durch sehr geringe Wahlbeteiligungen aus (2013 partizipierten nur 12,8 Prozent der Wahlberechtigten). Zum Teil spiegeln sich die politischen Mehrheitsverhältnisse der nationalen Ebene in den Kirchengremien wider. So konnten zum Beispiel die Sozialdemokraten im Jahr 2013 den

⁵³ Vgl. Sven Jochem, Religion (wie Fn. 6).

⁵⁴ SOU 1997: 41, Staten och trossamfundnen. Rättslig reglering, Stockholm 1997.

größten Stimmenanteil bei der Kirchenwahl auf sich vereinigen (29,4 Prozent und 73 Mandate), die Christdemokraten hingegen kamen nur auf 4,8 Prozent und 12 Mandate).⁵⁵

Die Religionsfreiheit ist explizit in der Verfassung garantiert (RF, 2. Kapitel, § 1, Absatz 6 sowie §2). Seit den 1990er Jahren nahmen andere Konfessionen als die lutherische Schwedische Kirche stetig zu. Der Organisationsgrad der Schwedischen Kirche sank von einem Höchstwert anfangs der 1970er Jahre (ca. 95 Prozent der Gesamtbevölkerung) langsam aber stetig auf ca. 90 Prozent im Jahr 1989. Dieser Niedergang beschleunigte sich seit den 1990er Jahren und im Jahr 2014 waren nur noch 65 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger Mitglied der Schwedischen Kirche.⁵⁶ Behördliche Angaben zu den anderen Glaubensgemeinschaften listen als weitere große Glaubensgemeinschaften im Jahr 2014 verschiedene Freikirchen oder die römisch-katholische Kirche auf. Diesen Angaben zufolge leben gegenwärtig ca. 110.000 Menschen mit islamischem Glauben in Schweden.⁵⁷

11 Bildungswesen

Mit der Reformation gelangte nicht nur die Armenfürsorge oder die Krankenfürsorge in den unmittelbaren staatlichen Aufgabenbereich, sondern auch die Bildungspolitik. Das schwedische Bildungssystem ist historisch durch seine ausgeprägte Staatlichkeit und ein System der Gesamtschulen geprägt. Ergänzt werden diese Bereiche durch staatliche Institutionen der vorschulischen Kinderbetreuung sowie staatlichen Universitäten und Hochschulen.

Eine Besonderheit kommt den schwedischen Volkshochschulen oder kommunalen Einrichtungen der Erwachsenenbildung („komvux“ bzw. „vux“) zu, die für die Bevölkerung im nicht schulpflichtigen Alter (vom 7. bis zum 16. Lebensjahr), die Möglichkeit eröffnen, Schulabschlüsse nachzuholen bzw. höhere Bildungsabschlüsse zu erwerben. Vor allem für Migranten bieten diese Einrichtungen der Erwachsenenbildung vielfältige Bildungsprogramme an; die Volkshochschulen bzw. die kommunalen Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind ein wichtiges Fundament für die in Schweden erfolgreich verfolgte Politik des lebenslangen Lernens.

Mit Beginn der 1990er Jahre veränderte sich die Staatlichkeit im Bildungswesen merklich, als die Finanzierungsweisen dezentralisiert und somit den Kommunen Freiräume zur Ausgestaltung der Bildungseinrichtungen eingeräumt wurden. Zudem war auch das Bildungswesen von den Sparmaßnahmen seit 1990 betroffen. Heute kann von einem sich zunehmend pluralisierenden Bildungswesen gesprochen werden, in dem freie Schulträger sich immer stärker durchsetzen. Gegenwärtig wird zudem die Qualität der schulischen und universitären Bildung kontrovers diskutiert, da die schwedischen Schülerinnen und Schüler in

⁵⁵ Die Wahlergebnisse sind auf der Homepage der Schwedischen Kirche abrufbar: <http://kyrkoval.svenskakyrkan.se/Valresultat2013/slutg/valresultat/Resultat/Kyrkomote.aspx>.

⁵⁶ Vgl. Svenska Kyrkan: Svenska kyrkans medlemsutveckling år 1972-2014 (<https://www.svenskakyrkan.se/default.aspx?id=645562>).

⁵⁷ Vgl. die Angaben Kirchenfinanzierungsbehörde unter: <http://www.sst.a.se/statistik/statistik2014.4.1295346115121ad63f315d2a.html>.

den PISA Evaluation stetig absteigende Rangplätze belegen, Schweden jetzt also wie Deutschland in den Nuller Jahren eine profunde PISA-Krise durchlebt.

In der schwedischen Verfassung wird das Recht aller schwedischen Kinder und Jugendlichen auf eine kostenfreie Bildung verankert (RF, 2. Kapitel, § 18). Die Grundidee einer unabhängig vom materiellen Status erfolgenden Bildung setzt sich in anderen Bereichen fort. Das schwedische System der außerschulischen Bildung basiert auf Studienkrediten. Sowohl an den Universitäten als auch an den Einrichtungen der Erwachsenenbildung können diese Kredite unkompliziert – und ohne Rückgriff auf die Einkommenssituation der Eltern – beantragt werden. Diese finanzielle Absicherung ermöglicht es auch Kindern und Jugendlichen aus unteren Einkommenschichten ein Studium aufzunehmen bzw. sich weiterzubilden.

Die zunehmende Anzahl der privaten Schulen wird in das bestehende System der schulischen Finanzierung integriert. Schulische Belange werden von den Kommunen umgesetzt, die von der Zentralregierung pauschale Zuwendungen erhalten. Die privaten Schulträger erhalten die gleiche finanzielle Förderung wie die staatlichen Schuleinrichtungen. In jüngster Zeit werden die privaten Schulbetreiber für die nachlassenden Schulleistungen verantwortlich gemacht. Gleichwohl ist zu bedenken, dass immer noch die staatlichen Schulen das Bildungswesen dominieren. In der Literatur wird ferner darauf verwiesen, dass in Schweden immer stärker eine soziale Segregation zu beobachten sei, dies führe dazu, dass bestimmte „Problem-Schulen“ nicht den Anschluss an das allgemeine Bildungsniveau erreichen könnten.

12 Geld und öffentliche Finanzen

Der institutionelle Rahmen der öffentlichen Finanzen Schwedens erfuhr nach 1990 eine bedeutsame Veränderung. Die nordische Finanzkrise erschütterte die öffentlichen Finanzen, und in der Krise wuchs der politische Konsens heran, von einer diskretionären Währungs-, Geld-, Finanz- und Fiskalpolitik umzuschwenken auf eine vom deutschen Modell inspirierten normbasierten Politik. Die öffentlichen Finanzen gerieten bereits in den 1980er Jahren in eine bedrohliche Schieflage, insbesondere die stetig wachsende öffentliche Verschuldung wurde als Indiz einer ungesunden Finanzpolitik gedeutet. Durch die Finanzkrise verschlechterte sich diese Bilanz erneut in einem bis dahin nicht vorstellbaren Ausmaß. Die bürgerliche Koalition von 1991 bis 1994 und insbesondere die sozialdemokratisch geführten Minderheitsregierungen von 1994 bis 2006 beförderten einen Politikwandel, der die institutionellen Rahmenbedingungen veränderte und die Leistungskraft der schwedischen Finanzpolitik spürbar verbesserte.

Die Reichsbank war bis in die frühen 1990er Jahre keine von den jeweiligen Regierungen unabhängige Akteurin. Die wiederkehrenden Abwertungen der schwedischen Krone zur Wirtschaftsbelebungen wurden auf Drängen der Politik durchgeführt. Die Inflationsbekämpfung war zwar ein institutionell eingeschriebenes Ziel der schwedischen Zentralbank, gleichwohl war sie ein Ziel unter mehreren. Die Regierungen präferierten stets einen hohen Beschäftigungsstand sowie ein hohes Wirtschaftswachstum gegenüber einer niedrigen Inflation.

In den 1990er Jahren wurde die Stellung der Reichsbank als autonomer Akteur gestärkt und das Ziel der Währungs- und Geldwertstabilität fest verankert. Dieser graduelle Wandel wurde 1999 in den Statuten der Reichsbank festgeschrieben, seither ist die Unabhängigkeit der Reichsbank formal abgesichert und Preisstabilität oberstes.⁵⁸

Bereits seit Mitte der 1980er Jahre begannen die schwedischen Regierungen die Finanzmarktregulierungen zu lockern. Dieser Prozess wurde weiter vorangetrieben durch die Mitgliedschaft des Landes in der EU sowie die in Richtung Deregulierung vorantreibende Reichsbank. So entwickelte sich in den 1990er Jahren die „schwedische Finanzbranche (...) von einer der am strengsten kontrollierten zu einer der am wenigsten regulierten“.⁵⁹

Die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften sind seit den 1990er Jahren von den nationalen Regierungen in ein enges Fiskalkorsett eingebunden worden. Die Finanzierung der Verwaltungsarbeit wird durch zentralstaatliche Pauschalzuwendungen finanziert und seit 1993 verpflichten sich die schwedischen Regierungen, die zentralstaatlichen Beschlüsse mit Auswirkungen auf die regionalen oder kommunalen Verwaltungen finanzneutral auszugestalten („financieringsprincipien“), d.h. die Finanztransfers an die Gebietskörperschaften der Aufgabenstellungen anzugleichen. Ob dies in ausreichendem Ausmaße der Fall ist, wird von den regionalen und lokalen Parlamenten mitunter bezweifelt.

Seit 1997 wird für alle Gebietskörperschaften ein budgetäres Überschussziel von 2 Prozent des BIP, ab 2007 von 1 Prozent des BIP verpflichtend vorgeschrieben. Zudem wird den Kommunen und Provinzen verboten, Schulden zum Zwecke des Konsums aufzunehmen. Sollten die Haushalte der Kommunen und Provinzen ins Defizit geraten, sind diese Gebietskörperschaften verpflichtet, das Defizit innerhalb von drei Jahren auszugleichen. Diese schwedischen Haushaltsregeln gehen mit ihren konkreten Budgetvorgaben über die Strenge der bundesdeutschen Schuldenbremse hinaus und sind für die rasche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen seit Mitte der 1990er Jahre ein Hauptgrund.⁶⁰

Der schwedische Wohlfahrtsstaat ruht auf einem ausgebauten Steuerstaat. Wie in den anderen nordischen Demokratien werden ca. 50 Prozent des BIP durch Steuern und Abgaben dem Wirtschaftskreislauf entzogen.⁶¹ Diese Steuerpolitik geriet in den frühen 1990er Jahren mit dem Erstarken der Rechtspopulisten (NyDemokrati) verstärkt in die Kritik. Seit Beginn der Nuller Jahre, insbesondere aber in den Zeiten der bürgerlichen Koalitionen zwischen 2006 und 2014, kam es schließlich zu graduellen Absenkungen der gesamtwirtschaftlichen Steuerlast.

Das Zusammenspiel von sozialpolitischen Einsparungen, steuerpolitischen Entlastungen und einer Deregulierung des schwedischen Finanzmarktes führt in Schweden zu einem „privatisierten Keynesianismus“.⁶² Dieser private Keynesianismus kann als Folge der

⁵⁸ Vgl. Mikael Apel u.a., Tio år med självständig riksbank. Riksbankens direktion och arbetet med penningpolitiken – erfarenheter från de första tio åren, Stockholm 2009.

⁵⁹ Philip Mehrrens, Staatsschulden (wie Fn. 30), S. 133.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 177.

⁶¹ OECD, Government at a Glance, Paris 2015, S. 65.

⁶² Vgl. Colin Crouch, Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime, in: The British Journal of Politics and International Relations 11 (2009), S. 382-399 sowie Wolfgang Streeck, The Politics of Public Debt.

politisch nicht mehr durchsetzbaren (oder politisch nicht mehr gewollten) Besteuerung der höheren Einkommensschichten interpretiert werden. Indem die Politik auf die Steuerextraktion der Bevölkerung (teilweise) verzichtet, verringert sich der Spielraum für staatliche Konjunkturprogramme und Investitionen. Ein funktionaler Ausgleich ergibt sich durch die Deregulierung der Kreditmärkte, auf denen die weniger wohlhabenden Einkommensschichten einen freieren Zugang zu Kapital bekommen, um so ihren Konsum oder ihr Wohneigentum zu finanzieren. So steigt die Verschuldung der privaten Haushalte in Schweden seit den Nuller Jahren rapide an und liegt deutlich über dem bundesdeutschen Niveau.⁶³

Andererseits steigen die Einkommen der oberen Einkommensschichten, insbesondere der Schichten, die über Kapitaleinkünfte verfügen, deutlich an. In Schweden ist das Einkommen des wohlhabendsten Bevölkerungs-Dezils im Zeitraum von 1995 bis 2013 um 114 Prozent gestiegen, das des ärmsten Bevölkerungs-Dezils hingegen lediglich um 41 Prozent.⁶⁴ Dieser Zuwachs an Einkommen führt zu einem Zuwachs an Kapital, das dann auf den Kapitalmärkten mit Zinsgewinnen investiert, also auch an öffentliche Haushalte verliehen werden kann.

Insofern führt die Entstaatlichung der Steuerpolitik sowie der Schulden zu einer ambivalenten Situation. Einerseits ermöglicht ein deregulierter Kreditmarkt im Rahmen des privatisierten Keynesianismus den einkommensschwachen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, ihre gesunkenen Arbeitseinkommen oder Sozialtransfers durch leicht zugängliche Schuldenaufnahme aufzutoppen. Im Rahmen der Steuersenkungen und der voranschreitenden staatlichen Konsolidierungspolitik ermöglicht es die Politik des privaten Keynesianismus den einkommensstarken Bevölkerungsschichten aber auch, ihr Kapital mit Zinsgewinnen zu mehren; zudem werden sowohl das Kapital als auch die Zinsen nicht gravierend von der Steuerpolitik abgeschöpft bzw. verstaatlicht. Ferner wird das generierte Kapital nicht durch eine Erbschaftssteuer bedeutsam geschmälert, so dass es sich von einer Generation zur nächsten Generation vererben kann.⁶⁵ In der Folge dieses politischen Kurswechsels nahm die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Schweden seit 1990 so schnell zu wie in keinem anderen Land der OECD.⁶⁶

13 Wirtschafts- und Sozialordnung, Umwelt

Der Ruf des schwedischen Modells fußt auf der spezifischen Kombination einer ausgebauten, universellen und egalitären Sozialpolitik einerseits mit einer dynamischen, innovativen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft andererseits. Nach 1989 zehrte das schwedische Modell von seinem institutionellen Erbe; mit der zunehmenden Integration des schwedischen Modells in die EU sowie in Gefolge innenpolitischer Weichenstellungen nähert sich das

Neoliberalism, Capitalist Development, and the Restructuring of the State, Köln MPIfG Discussion Paper 13/7 (2013).

⁶³ Vgl. Sven Jochem, Reformpolitik (wie Fn. 30).

⁶⁴ Vgl. Finanspolitiska Rådet, Svensk finanspolitik. Finanspolitiska rådets rapport 2015, Stockholm 2015.

⁶⁵ Vgl. Streeck, Politics (wie Fn. 62).

⁶⁶ Vgl. Jon Kvist u.a. (Hg.), Changing Social Equality. The Nordic Welfare Model in the 21st Century, Bristol 2012 sowie OECD, In it Together. Why less Inequality Benefits All, Paris 2015.

schwedische Wirtschafts- und Sozialmodell in jüngster Vergangenheit zunehmend dem europäischen Mainstream an.

Die Sozialordnung Schwedens basiert auf zentralen Organisationsprinzipien (Universalismus, Egalität, Solidarität), umfassenden sozialen Transferleistungen sowie einem dichten Netz an staatlichen Sozialdienstleistungen. Mit den wegweisenden Studien von Gøsta Esping-Andersen wurde das schwedische Sozial- und Wirtschaftsmodell als Paradebeispiel einer sozialdemokratischen Welt des Wohlfahrtskapitalismus dargestellt, in dem Sozialpolitik die Marktkräfte eindämme und verlässliche Sicherheit gegen Unbillen kapitalistischen Wirtschaftens biete.⁶⁷

Die schwedische Struktur- und Wirtschaftspolitik ist dabei ausdrücklich nicht konservierend – dies wird am rasanten Strukturwandel der schwedischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg überdeutlich –, sondern insofern aktivierend, als florierende Wirtschaftszweige unterstützt werden sollen, ohne schwächelnde Wirtschaftszweige mit staatlichen Subventionen am Leben zu erhalten.⁶⁸ Dies war die Kernidee des sogenannten Rehn-Meidner Modells der Wirtschaftspolitik, die unrentablen Betriebe durch eine ambitionierte Lohnpolitik zu Innovationen anzupeitschen oder vom Markt zu drängen.⁶⁹

Mit der Währungs- und Finanzkrise der frühen 1990er Jahre begann eine Phase der sozialpolitischen Kürzungen und institutionellen Rekalibrierungen. Als Antwort auf die Krise verabschiedete die bürgerliche Minderheitskoalition Bildt mehrere Krisenpakete, die allesamt zu Einsparungen im Sozialbereich beitrugen. Die anschließenden sozialdemokratischen Minderheitsregierungen revidierten diese Kürzungen nur teilweise. In den 1990er Jahren wurde zudem eine große Rentenreform verabschiedet, mit der das „Juwel in der Krone“ schwedischer Wohlfahrtsstaatlichkeit umfassend reformiert wurde.⁷⁰

Die zunehmenden Privatisierungen haben den Sozialstaat vielschichtiger werden lassen. Vor allem von 2006 bis 2014 privatisierte die bürgerliche Koalition eine Vielzahl von ehemals staatlichen Dienstleistungen (z.B. das Apothekensystem) bzw. deregulierte Teile der Bildungs- und Gesundheitspolitik; in der Folge nutzten die lokalen als auch die regionalen Gebietskörperschaften ihre Freiräume, sozialstaatliche Dienstleistungen zunehmend zu privatisieren. Dieser Trend ist im Süden des Landes stärker zu beobachten – dort haben die bürgerlichen Parteien ihre Hochburgen –, als im Norden, wo die linken Parteien immer noch dominieren.

⁶⁷ Vgl. Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton 1990 sowie ders., *Social Foundations of Postindustrial Economies*, New York 1999.

⁶⁸ Ein prägnantes Beispiel für diese Form der staatlichen Wirtschaftspolitik war nach 2007 zu beobachten. Während in Deutschland die Automobilindustrie durch die sogenannte Abwrackprämie gestützt werden sollte, wies die bürgerliche Koalition in Schweden eine solche Politik zurück. Zum einen sei es nicht Aufgabe des schwedischen Staates, Unternehmen in Krisensituationen zu schützen, zum anderen sei eine solche mögliche Stützungspolitik auch ungerecht den anderen Industriezweigen in der schwedischen Wirtschaft gegenüber. Daher kam es zu keinen Subventionen für die schwedische Automobilwirtschaft; die Regierung versprach aber den von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmern, sie in der Arbeitsmarktpolitik fit für andere Tätigkeiten zu machen.

⁶⁹ Henry Milner/Eskil Wadensjö (Hg.), *Gösta Rehn, the Swedish Model and Labour Market Policies. International and National Perspectives*, Aldershot 2001.

⁷⁰ Vgl. Urban Lundberg, *Juvelen I Kronan. Socialdemokraterna och den allmänna pensionen*, Stockholm 2003.

Wie in anderen europäischen Ländern ist auch in Schweden gegenwärtig die Performanzkontrolle sozialer Dienstleistungen eine politische Herausforderung. Dies betrifft vor allem die Qualität im Gesundheits- und Pflegebereich. Ein weiteres Thema in der öffentlichen Debatte ist die Frage, ob private Betriebe im Bildungs- und Sozialsektor Gewinne erwirtschaften dürfen.

Im Bereich der Umweltpolitik wird Schweden in international vergleichenden Studien durchweg für seine Politik gelobt. Jüngere Studien zeigen, dass der Ausstoß von Treibhausgasen in diesem Land sowie der CO₂-Ausstoß vorbildlich niedrig sind.⁷¹ Insofern wird die Qualität der Umwelt bzw. der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen in Schweden positiv hervorgehoben. Vor allem seitens der OECD wird betont, dass Schweden eine fest institutionalisierte Querschnittspolitik errichtet habe, bei der eine nationale Behörde (Naturvårdsverket) nicht nur die Fortschritte der Umweltpolitik dokumentiere und andere Behörden bei umweltpolitischen Projekten einbinde, sondern auch die Offenheit des umweltpolitischen Prozesses und die umweltpolitische Bildung der Bevölkerung befördere. Grüne Steuern sind in jüngster Vergangenheit wichtiger werdende Politikinstrumente im schwedischen Steuerstaat.

Einen besonderen Streitpunkt in der Umweltpolitik stellt die Frage der Kernenergie dar. Die Stromerzeugung aus Atomenergie ist in Schweden mit fast 40 Prozent sehr hoch. 1980 wurde in einem nationalen Referendum der Atomausstieg bis zum Jahr 2010 entschieden, gleichwohl wurde dieser Entschluss nur sehr halbherzig umgesetzt und im Juni 2010 entschied eine knappe Mehrheit der Parlamentarier den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Die Einstellung der Bevölkerung war zu Beginn der 1990er Jahre noch stark für einen Atomausstieg (ca. 60 Prozent der Befragten). Dieser Wert sank jedoch bis zum Ende der Nuller Jahre auf ca. 30 Prozent ab. Seit 2010 sprechen sich bei repräsentativen Umfragen wieder mehr Bürgerinnen und Bürger für einen Atomausstieg aus und stellen jetzt wieder die Mehrheit in den Meinungsumfragen.⁷² Die rot-grüne Minderheitsregierung seit 2014 versucht insgesamt die ökologische Energiewende weiter zu forcieren, forciert gleichzeitig aber auch den weiteren Ausbau der Kernkraft.

⁷¹ Vgl. OECD, Environment at a Glance, Paris 2015.

⁷² Vgl. Oscarsson/Bergström, Trends (wie Fn. 26), S. 44.